

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 25. Jänner 1965

Blatt 127

Vizebürgermeister Felix Slavik:

Die Auswirkungen der ständigen gesellschaftlichen Veränderungen
=====

Höhere Lebenserwartung bringt neue Aufgaben für die Stadtverwaltung

25. Jänner (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Vizebürgermeister Felix Slavik Sonntag, den 24. Jänner, über die Auswirkungen der ständigen gesellschaftlichen Veränderungen auf die Stadtverwaltung und den einzelnen Menschen.

Der Vizebürgermeister führte aus: "Bürgermeister Franz Jonas, der an einer wichtigen Konferenz teilnehmen mußte, ist heute leider nicht in der Lage, seinen Vortrag selbst zu halten. Er hat mich beauftragt, Sie mit einigen Problemen unserer Stadtverwaltung vertraut zu machen. Ich habe mir natürlich überlegt, mit welchem Problem ich mich heute beschäftigen soll und bin bei diesen Überlegungen zur Auffassung gekommen, daß wir uns vielleicht einmal darüber Gedanken machen sollten, wie sich die ständige gesellschaftliche Veränderung, wie sich die sich stets wandelnde Struktur unserer Gesellschaft für die Wiener Stadtverwaltung im allgemeinen, daneben aber auch für den einzelnen Menschen in unserer Stadt auswirkt.

Ich bin überzeugt, daß Sie sicher schon des öfteren in der Zeitung gelesen haben, daß sich verschiedene Kommissionen, Politiker, Verhandlungsausschüsse mit einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit, nämlich mit dem Wohnungsbau, beschäftigen.

./.

Sicher hat sich auch schon mancher die Frage vorgelegt, wieso es möglich ist, daß an allen Ecken und Enden Wohnungen gebaut werden und trotzdem der Wohnungsmangel nicht mit mehr Erfolg behoben werden konnte. Natürlich wissen wir alle, daß Wohnungen nicht ewig stehen können. Wir nehmen auch zur Kenntnis, daß in Wien jährlich rund 1.500 bis 2.000 Wohnungen, weil sie nicht mehr brauchbar sind, abgebrochen werden müssen. Aber man baut ja weitaus mehr Wohnungen als abgebrochen werden. Wieso haben wir dann immer zu wenig Wohnungen?

Vielfach wird behauptet, daß es vor dem ersten Weltkrieg viel besser gewesen sei, denn damals habe es in Wien sogar freie Wohnungen gegeben. Allerdings wird nicht dazu gesagt, daß damals durchschnittlich fünfeinhalb Personen in einer Wohnung leben mußten, während jetzt im Durchschnitt nur mehr 2,3 Personen in einer Wohnung wohnen. Diese Verbesserung der Wohnverhältnisse ist darauf zurückzuführen, daß einerseits heute in Wien weniger Menschen wohnen, andererseits aber mehr Wohnungen zur Verfügung stehen als 1914. Trotzdem gibt es in Wien an den Häusern keine Zettel, wo draufsteht: 'Leere Wohnungen sind zu vergeben.' Die Wohnungsnot wird skrupellos ausgenützt, aber die dunklen Geschäfte mit den Wohnungen scheuen heutzutage das Licht. Wenn Sie die Zeitungen zur Hand nehmen und die geforderten Ablösebeträge lesen, dann legen Sie sich sicher auch die Frage vor, ja um Gottes Willen, muß denn das so sein? Warum gibt es noch immer nicht genug Wohnungen, damit man diesem Ablösesucher entrinnen kann oder haben gar diejenigen recht, die den Zustand von vor 1914 wieder herstellen wollen?

Überlegen wir uns einmal, wie sich die Lebenserwartung unserer Bevölkerung verändert hat. Im Jahre 1914 gab es eine durchschnittliche Lebenserwartung von 54 Jahren. Natürlich hat es damals auch ältere Menschen gegeben, die 70, 80 Jahre und noch älter geworden sind, aber im Durchschnitt konnte der Mensch rechnen, daß er 54 Jahre alt wird. Im Jahre 1963 war die durchschnittliche Lebenserwartung bereits mehr als 70 Jahre. Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber schon Gedanken gemacht haben, daß es doch einen großen Unterschied ergeben

muß, ob Menschen im Durchschnitt 54 Jahre hindurch eine Wohnung benützen oder mehr als 70 Jahre.

Schauen wir uns die Auswirkungen dieser Tatsachen auf das praktische Leben an. Man darf annehmen, daß 1914 genauso wie 1964 die Menschen mit durchschnittlich 25 Jahren geheiratet haben. Wir dürfen weiters annehmen, daß bald nach der Eheschließung ein Kind oder mehrere Kinder kamen. Wenn die Kinder ins heiratsfähige Alter gekommen sind, waren die Eltern schon zirka 50 Jahre alt und die ehefähig gewordenen Kinder mußten noch 3,4 oder fünf Jahre warten, bis sie die Wohnung der Eltern übernehmen konnten. In den meisten Fällen konnten die Wohnungen von einer Generation der nächsten Generation zur weiteren Verwendung überlassen werden. Jetzt werden die Menschen aber mehr als 70 Jahre alt und wenn wir bei dem Beispiel mit den Eltern bleiben, die mit durchschnittlich 25 Jahren heiraten, so sind diese Eltern, wenn sie bald Kinder haben und diese wieder ins heiratsfähige Alter kommen, etwa 50 Jahre alt. Gott sei Dank leben unsere Eltern, wie wir gehört haben, heute länger. Sie werden im Durchschnitt mehr als 70 Jahre alt. Es müßte also ein junges Ehepaar mehr als 20 Jahre darauf warten, bis es die Wohnung der Eltern übernehmen könnte. Bis dahin wäre aber das Ehepaar selbst schon wieder 45 Jahre alt geworden und die Enkeln wären auch schon wieder 20 Jahre alt.

Können wir jungen Ehepaaren wirklich zumuten, 20 Jahre oder länger mit ihren heranwachsenden Kindern zu warten, bis sie dann die Wohnung der Eltern übernehmen können? Oder ergibt sich daraus nicht zwangsläufig, daß wir für eine ganze Generation neuen Wohnraum schaffen müssen, wenn wir der gesellschaftlichen Entwicklung allein auf dem Gebiete der Lebenserwartung Rechnung tragen wollen! Ich glaube, Sie stimmen mit mir überein. Ebenso wenig wie man das Rad der Geschichte zurückdrehen kann, können wir uns auch nicht Zustände von vor 1914 zurückwünschen, sondern es ist unsere Aufgabe, mit dem Problem des zusätzlichen Wohnungsbedarfes einer ganzen Generation fertig zu werden. Wir müssen uns daher bemühen, zu einer weiteren Rationalisierung in unserem Wohnungsbau zu kommen, um die Baukapazität steigern zu können, um mehr Wohnungen als bisher bauen zu können. Und dann müssen wir

uns selbstverständlich darüber Sorgen machen, daß wir eine eventuell steigende Kapazität unserer Bauwirtschaft auch finanziell bedecken können.

Überlegen wir uns auch noch auf einem anderen Gebiet die Aufgaben, die sich aus der gesellschaftlichen und damit im Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Im Jahre 1937 kamen in Österreich auf 1.000 Einwohner fünf Personenkraftwagen. Im Jahre 1963 kamen auf 1.000 Einwohner in Österreich schon 76 Personenkraftwagen, also 15mal so viel wie im Jahre 1937. Für die Aufrechterhaltung des Verkehrs im Jahre 1937 genügte es durchaus, Straßen mit einer durchschnittlichen Breite von fünf Metern zu bauen. Bei einem 15fachen Verkehr kommt man mit dieser Straßenbreite natürlich nicht mehr aus. Heute müssen unsere Straßen mindestens sieben Meter breit gebaut werden, wichtigere Straßen, Schnellverkehrsstraßen oder gar Autobahnen müssen selbstverständlich noch wesentlich breiter gebaut werden. Aber auch die Tragfähigkeit unserer Straßen mußte geändert werden. Im Jahre 1937 war ein Wagen mit fünf Tonnen schon etwas ganz Großartiges, heute müssen wichtige Straßen bereits für einen Achsdruck von 14 Tonnen gebaut werden. Es muß auf Grund dieser technischen Entwicklung sowohl der Unter- als auch der Oberbau der Straßen wesentlich verstärkt werden, was natürlich auch viel größere Beträge erfordert, als dies im Jahre 1937 der Fall gewesen ist.

In den Städten wirkt sich diese starke Motorisierung aber auch noch auf einem anderen Gebiet, nämlich dem sogenannten ruhenden Verkehr, aus. Wir verstehen sehr gut, daß jeder Autofahrer genau dort einen Parkplatz haben möchte, wo er ihn gerade brauchen würde. Wenn der Straßenraum dazu nicht mehr ausreicht, dann wird der Wunsch nach Errichtung von Parkgaragen laut. Interessanterweise hat sich die private Wirtschaft bisher nur in Einzelfällen zum Bau von Parkgaragen entschließen können und so entsteht der Wunsch, daß die Gemeinde Wien Parkgaragen in genügender Anzahl bauen soll, natürlich mit dem geheimen Hintergedanken, daß man dann diese Parkgaragen eventuell gratis benützen könnte.

Selbstverständlich muß sich die Gemeindeverwaltung auch mit diesen Problemen beschäftigen und sie muß überlegen, ob

Parkgaragen von der Stadt Wien gebaut werden sollen oder ob man den Bau von Parkgaragen der privaten Wirtschaft überlassen soll. Wir dürfen uns dabei nicht von der weitverbreiteten Meinung irreführen lassen, daß sowieso schon alle Leute in Österreich ein Auto haben. Richtig ist, daß etwas mehr als ein Viertel unserer österreichischen Familien einen Personenkraftwagen besitzt und daß etwas weniger als drei Viertel der Familien keinen haben. Ich glaube nicht, daß drei Viertel der Bevölkerung der Gemeinde recht geben würden, wenn sie ihre Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, des Straßenbaues, des Schulbaues oder des Spitalbaues einschränken würde, um Parkgaragen zu bauen. Ich glaube vielmehr, daß der Bau von Parkgaragen in einem stärkeren Ausmaß als bisher seitens der privaten Wirtschaft durchgeführt werden sollte. Alle aber werden wahrscheinlich einer Meinung sein, daß der durch die steigende Motorisierung notwendig gewordene verstärkte Straßen- und Brückenbau nicht von der privaten Wirtschaft finanziert werden kann, sondern daß die Stadt Wien im Interesse der Wirtschaft und Sicherheit unserer gesamten Bevölkerung, der motorisierten und der nichtmotorisierten, diese Belastung übernehmen muß.

Sie sehen auch an diesem Beispiel, daß unsere gesellschaftliche Entwicklung selbstverständlich ihre Auswirkungen zeigt, und zwar für die Wiener Gemeindeverwaltung ebenso stark wie für jeden einzelnen Wiener. Die Beispiele könnten noch fortgesetzt werden, aber ich glaube, daß Ihnen allein die Darstellung dieser zwei Probleme zeigt, daß unsere gesellschaftliche Entwicklung zwar sehr erfreulich, aber nicht ohne neue Probleme und neue Belastungen ist. Wir sollen uns darüber freuen, daß wir im Durchschnitt alle länger leben können, wir sollen uns darüber freuen, daß sich der Lebensstandard durch die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung langsam erhöht, aber wir müssen auch bereit sein, die sich daraus ergebenden neuen Aufgaben zu meistern.

Ich habe heute versucht, Ihnen an Hand von zwei Beispielen die Auswirkungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung darzulegen. Es wäre aber falsch zu glauben, daß von der Gemeinde-

./.

./.

verwaltung etwa nur diese zwei Probleme beachtet werden müssen. Es ist vielmehr die Aufgabe der Gemeindeverwaltung, die Entwicklung unserer Stadt und unserer Bevölkerung auf allen Gebieten genau zu beobachten und alle Probleme im Zusammenhang zu sehen. Nur dann, wenn wir immer wieder das pulsierende Leben genau beobachten, werden wir in der Lage sein, die uns gestellten Aufgaben auch richtig zu lösen. Damit möchte ich mich für heute von Ihnen verabschieden. In 14 Tagen hören Sie wieder unseren Wiener Bürgermeister Franz Jonas."

- - -

Antrittsbesuch des neuen "Lipizzaner-Chefs"
=====

25. Jänner (RK) Der neue Leiter der Spanischen Reitschule, Oberstleutnant Handler, stattete heute morgen Bürgermeister Jonas seinen Antrittsbesuch ab. In einem längeren Gespräch mit dem Bürgermeister umriß der Chef der berühmten weißen Pferde seine Ideen für die zukünftige Gestaltung dieser weltbekannten Wiener Institution.

- - -

Bürgermeister Jonas kondoliert zum Tode Churchills
=====

25. Jänner (RK) Heute vormittag begab sich Bürgermeister Jonas in das Gebäude der englischen Botschaft in Wien, um anläßlich des Ablebens des ehemaligen britischen Premierministers, Sir Winston Churchill, namens der Stadt Wien zu kondolieren.

- - -

Karl Luick zum Gedenken

=====

25. Jänner (RK) Auf den 27. Jänner fällt der 100. Geburtstag des Anglisten Univ.-Prof. Dr. Karl Luick.

Er wurde in Wien geboren, studierte englische, deutsche und französische Philologie und habilitierte sich 1890. Bereits 1893 erfolgte seine Berufung an die Universität Graz, wo er 17 Jahre lang wirkte und die Dekans- und Rektorswürde bekleidete. 1908 kam er an die Wiener Universität und übte sein Lehramt bis zehn Tage vor seinem am 20. September 1935 erfolgten Tod aus. Seit 1915 war er wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, deren Phonogrammarchiv er nach Exner übernahm. Luicks Ausbildung war in die Zeit des großen Aufschwungs der Naturwissenschaften gefallen. Durch ihn erhielt die Phonetik eine entscheidende Stellung. Innerhalb der Philologie, wurde die historische Grammatik zu einer exakten Wissenschaft ausgebaut. Bereits in Graz hatte er die Fundamente zu seinem leider nicht völlig zu Ende geführten Lebenswerk "Historische Grammatik der englischen Sprache" gelegt. Als Nebenprodukt erschien 1904 eine "Deutsche Lautlehre", die die Sprechweise Wiens und der Alpenländer besonders berücksichtigte. Auch mit der Metrik beschäftigte sich Luick immer wieder und erzielte durch neue Forschungsmethoden aufschlußreiche Ergebnisse. Als akademischer Lehrer hat er viele Generationen von Anglisten ausgebildet, denen seine profunden literarischen Kenntnisse gleichfalls sehr zugute kamen. Berühmt waren seine Shakespeare-Vorlesungen, die sich über mehrere Semester hinzogen. Von seinen mehr als 200 Veröffentlichungen behandelt ein Viertel praktische Schulfragen. Er war auch jahrzehntelang Mitglied der Prüfungskommission für Realschüler und setzte sich erfolgreich für deren Gleichstellung mit den Absolventen anderer Mittelschulen ein. Mit Karl Luick ist ein großer österreichischer Gelehrter dahingegangen, der sich aus eigener Kraft emporgearbeitet hat.

Müllverbrennungsanlage Flötzersteig keine Fehlplanung!
=====

25. Jänner (RK) In einer Weise, die allen Gepflogenheiten einer verantwortungsvollen Journalistik kraß widerspricht, hat eine Wiener Tageszeitung in ihrer Mittagsausgabe Ende vergangener Woche einen Bericht über die erste Müllverbrennungsanlage der Gemeinde Wien auf dem Flötzersteig veröffentlicht, der nicht den Tatsachen entspricht. Abgesehen davon, daß weder Titel noch Aufmachung dieses Berichts auf der ersten Seite durch die Behauptungen in dem Artikel gedeckt sind, ist auch der Inhalt des Berichts selbst sachlich unrichtig.

Wenn im Titel von einem "Sturm im Wiener Rathaus" und im Artikel selbst von einer "hochnotpeinlichen Untersuchung" sowie von einem "Sturm der Empörung um die Fehlplanung bei der Müllverbrennung" die Rede ist, so muß den schärfstens entgegengehalten werden, daß dazu nicht die geringste Veranlassung besteht. Es wird weder eine "Hochnotpeinliche Untersuchung" im Wiener Rathaus durchgeführt, noch hat sich ein Sturm der Empörung erhoben, und zwar ganz einfach deshalb, weil keine Fehlplanung bei der ersten Müllverbrennungsanlage der Gemeinde Wien vorliegt. Die Anlage auf dem Flötzersteig hat ganz im Gegenteil die in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllt. Es sei nur darauf verwiesen, daß die Anlage bereits von hunderten Fachleuten aus dem In- und Ausland - so zum Beispiel anlässlich des Intapuc-Kongresses in Wien - mit größtem Interesse be-sichtigt und ihre Leistung in jeder Hinsicht anerkannt wurde.

Zu den Behauptungen in dem Artikel der Tageszeitung ist im einzelnen festzustellen:

1.) Es ist nicht richtig, daß die mit 240 Millionen Schilling veranschlagten Baukosten sich schließlich auf mehr als 280 Millionen Schilling beliefen. Tatsächlich wurde der Voranschlag von 240 Millionen zunächst sogar unterschritten, da die Abrechnungssumme - bezogen auf die Zeit der Anbotlegung - rund 235 Millionen Schilling beträgt. Sogar die während der vierjährigen Bauzeit eingetretenen Lohn- und Preiserhöhungen konnten zu einem bedeutenden Teil in der Summe von 240 Millionen

untergebracht werden. Einschließlich der Baupreiserhöhungen werden die Gesamtkosten der Anlage bei nicht mehr als etwa 250 Millionen Schilling liegen.

Leistung von 120.000 - 140.000 Tonnen war vorgesehen

2.) Es ist unrichtig, daß eine Verbrennungsleistung von 180.000 Tonnen Müll vorgesehen war. Der Planung der ersten Müllverbrennungsanlage war eine Verbrennungsleistung von 120.000 bis 140.000 Tonnen Müll zugrundegelegt worden. Diese Leistung wird auch tatsächlich erreicht. Daß nicht 180.000 Tonnen, sondern nur 120.000 bis 140.000 Tonnen Müll von Anfang an vorgesehen waren, geht eindeutig auch aus mehreren Veröffentlichungen des Amtsblattes der Stadt Wien hervor (18. Juli 1959, Seite 3; 2. Dezember 1959, Seiten 12 und 16; 1. Juni 1960, Seite 3). Höhere Leistungsziffern, die nach der Betriebsaufnahme der Anlage gelegentlich genannt wurden, lassen die Möglichkeit einer Leistungssteigerung unter gewissen Voraussetzungen für die Zukunft erkennen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß in der Planung von vornherein nur eine Menge von 120.000 bis 140.000 Tonnen Müll pro Jahr vorgesehen war.

3.) Der Schlackenrückstand war bei der Planung der Anlage auf Grund ausländischer Erfahrungen im Mittel mit 45 Prozent des Müllgewichtes angenommen worden und nicht mit 40 Prozent, wie in dem Bericht behauptet wird. Aus der Praxis des ersten Betriebsjahres ergibt sich ein Durchschnittsgewicht der Schlackenrückstände von zirka 52 Prozent, und nicht von 65 Prozent, wie die Zeitung behauptet. Dazu ist noch zu sagen, daß nicht das Gewicht der Rückstände, sondern die Verminderung des Müllvolumens auf durchschnittlich etwa zwölf Prozent entscheidend ist. Das bedeutet, daß die Ablagerungsplätze wesentlich geringer in Anspruch genommen und gleichzeitig sämtliche hygienische Unzukömmlichkeiten ausgeschaltet werden. Die Schlacke wird auch nicht, wie das Blatt behauptet, "auf dem Laaer Berg vergraben", sondern sie wird als günstiges Abdeckmaterial für die noch in Betrieb befindlichen Ablagerungsplätze verwendet. Ein Abtransport der Schlacke

über die Vorortelinie wäre im übrigen für die kurzen Strecken im Raum von Wien absolut unwirtschaftlich, und zwar deshalb, weil ein Umladen auf Lastkraftwagen notwendig wäre.

Nur vier Prozent Steigung, nur 30 Meter höher

4.) Wie sich jedermann selbst durch eine einfache Beobachtung überzeugen kann, spielen sich keineswegs beim An- und Abtransport des Mülls, durch den angeblich "ungünstigen Standort" der Verbrennungsanlage bewirkt, "groteske Szenen" ab. Der Flötzersteig kann jetzt nach dem Ausbau auf vier Fahrspuren rund 16.000 Fahrzeuge je Fahrtrichtung in zehn Stunden aufnehmen. Die Belastung durch die rund 300 Fahrzeuge für den Müll- und Schlackentransport pro Tag bedeutet daher - selbst bei doppelter Bewertung der Lastkraftwagen - nur etwa vier Prozent der vorhandenen Leistungsfähigkeit der Straße. Die Fahrzeuge "kriechen" keineswegs zur Anlage hinauf, sondern bewältigen die leichte Steigung des Flötzersteiges durchaus ohne Mühe und in angemessener Geschwindigkeit. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß die Steigung des Flötzersteiges sage und schreibe nur vier Prozent beträgt.

Ferner: Die Fahrzeuge fahren auch nicht, wie behauptet wird, "zu einer der höchsten Erhebungen im Stadtgebiet". Die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig liegt nur um etwa 30 Meter höher als der vorher in Erwägung gezogene Standort bei der Spetterbrücke, bei dem im übrigen durch die wesentlich längeren Fernheizkanäle, die man bauen hätte müssen, große technische Schwierigkeiten und damit erhebliche Mehrkosten verursacht worden wären. Der jetzige Standort der Müllverbrennungsanlage ist zweifellos am günstigsten, da die Anlage als Wärmequelle für die Spitäler und die geplante Zentralwäscherei in der Steinbruchstraße am besten Ort für diese drei großen Verbraucher liegt.

Im übrigen war der jetzige Standort der Anlage nach eingehenden technischen und wirtschaftlichen Überlegungen schon vor der Bestellung Professor Dr. Rainers zum Stadtplaner durch einen einstimmigen Grundsatzbeschluß des Wiener Gemeinderates festgelegt worden.

5.) Bei der Planung der Müllverbrennungsanlage war von vornherein vorgesehen, daß zur Deckung des Wärme-Spitzenbedarfs ab gewissen niederen Außentemperaturen die vorhandene einwandfreie Kesselanlage im Psychiatrischen Krankenhaus, die 1957 im Rahmen der Gesamtplanung ausgebaut wurde, herangezogen wird. Durch die später hinzu gekommene Vergrößerung des Wilhelminenspitals um fast 700 Betten hat sich die angenommene Temperatur naturgemäß etwas nach oben verschoben. Es war niemals angenommen worden, daß man ab einer bestimmten Temperatur ohne zusätzliche Heizung auskommen könnte. Auch hier liegt also keine wie immer geartete Fehlplanung vor.

6.) In der Planung für die Wärmeversorgung des neuen Allgemeinen Krankenhauses bleibt die Errichtung einer zweiten Müllverbrennungsanlage einbezogen. Sie wird hinsichtlich Art und Größe der Ausführung noch studiert. Der Standort der Anlage am Wasserleitungsplatz jedoch ist bereits festgelegt.

- - -

Baudarlehen der Stadt Wien bewilligt

=====

25. Jänner (RK) Der Finanzausschuß des Wiener Gemeinderates hat heute an zwölf gemeinnützige Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften Baudarlehen im Gesamtbetrag von 14,562.000 Schilling vergeben. Durch diese Darlehen aus Budgetmitteln der Stadt Wien wird mit den zusätzlichen Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und den Eigenmitteln der Bau von 353 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 62,132.000 Schilling ermöglicht.

- - -

70. Geburtstag von Fred Hennings
=====

25. Jänner (RK) Am 26. Jänner vollendet Kammerschauspieler Professor Fred Hennings das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Klagenfurt geboren, nahm nach unvollendetem Jusstudium Schauspielunterricht und bekam sein erstes Engagement in St. Pölten. Seine Laufbahn führte ihn schließlich 1923 an das Wiener Burgtheater, dem er bis heute angehört. Erscheinung und Wandlungsfähigkeit haben ihm einen weiten Rollenkreis geschaffen, der vom Lustspiel Bahrs bis zu den Heldengestalten der Nibelungen reicht. Hennings ist auch als leidenschaftlicher Forscher der Wiener Topographie und als glänzender Vortragender der Wiener Kulturgeschichte bekannt geworden. Seit 1939 hat er das Material hiezu gesammelt und ausgewertet. Rund 20.000 Blätter und Photos gestatten ihm, Werden und Gegenwart des Wiener Stadtbilds von immer neuen Gesichtspunkten aus zu sehen und in interessanten Aspekten darzustellen. Seine Arbeiten zeitigen wertvolle Ergebnisse, die auch von den Fachhistorikern voll anerkannt werden. 1942 begann mit dem Vortrag "Das Wiener Stadtbild im Wandel der Zeiten" eine Reihe, die bisher auf zwölf Themen angewachsen ist, darunter so bedeutende wie "Heimat Wien", "Das alte Burgtheater am Michaelerplatz", "Der Heldenplatz" und die Trilogie "Ringstraße". In den letzten Jahren ist Hennings auch als Publizist hervorgetreten. Er veröffentlichte eine Anzahl von Büchern, darunter den Bildband "Wien von oben" und eine umfangreiche Biographie Franz I. unter dem Titel "Und sitzt zur linken Hand". Von 1942 bis 1945 und dann seit 1947 ohne Unterbrechung hat Hennings in den Monaten Oktober bis Mai jeden Sonntag in der Urania gesprochen. 1955 wurde ihm der Professor-titel und der Volksbildungspreis der Stadt Wien, 1963 anläßlich seiner 40jährigen Zugehörigkeit zum Burgtheater dessen Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

X. Wiener Fremdenverkehrskonferenz:Rekordzahlen des Wiener Fremdenverkehrs
=====

25. Jänner (RK) Heute vormittag fand im Palais Palffy unter dem Vorsitz von Stadtrat Mandl die X. Wiener Fremdenverkehrskonferenz statt. Alle am Fremdenverkehr beteiligten und interessierten Institutionen nahmen wieder an dieser traditionellen Tagung teil, in der Prof. Minarz, der Generalsekretär der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, einen Bericht über das vergangene Fremdenverkehrsjahr und die Arbeit der Fremdenverkehrsstelle gab. In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Kritiken und Anregungen erörtert.

Stadtrat Mandl stellte bei einem Rückblick auf das Fremdenverkehrsjahr 1963/64 fest, daß zum erstenmal die Drei Millionen-Grenze bei den Nächtigungen überschritten werden konnte. Bisher hat man sich immer die Nächtigungszahlen des Rekordjahres 1936/37 vor Augen gehalten. Damals wurden 2,966.000 Nächtigungen gezählt. Bereits im Fremdenverkehrsjahr 1962/63 waren es 2,773.000 Nächtigungen und nun konnte im Jahr 1963/64 mit mehr als 3,040.000 Nächtigungen eine neue Rekordzahl erreicht werden.

Auch die Zahl der Gäste aus den Oststaaten ist schon recht beachtlich. Sie haben bereits 8,8 Prozent des Gesamtreiseverkehrs erreicht. Allerdings - 1936/37 kamen noch 48 Prozent aller ausländischen Gäste aus den Oststaaten. Es besteht jedoch die begründete Hoffnung, daß diese Entwicklung weiter anhalten wird.

Im Gegensatz zur erfreulichen Entwicklung beim Ausländer-Fremdenverkehr bleibt, wie Stadtrat Mandl feststellte, der Inländer-Fremdenverkehr konstant. Daran dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern, doch wird man trotzdem versuchen, durch verstärkte Werbung Wien auch für den Inländer attraktiv zu machen. Stadtrat Mandl erwähnte in diesem Zusammenhang die Sendereihe "Wien hat immer Saison", die allgemeinen Anklang gefunden hat. Die Sendereihe wird auch in diesem Jahr fortgesetzt. Dem Kulturausschuß wird dafür in nächster Zeit ein Antrag auf Bewilligung von 400.000 Schilling zur Durchführung der Sendereihe vorgelegt werden. Besonders begrüßte der Stadtrat in diesem Zusammenhang die Aktion

des Bundesministeriums für Unterricht, durch die die Jugend der Bundesländer die Bundeshauptstadt kennenlernt. Er appellierte auch an die Reisebüros, nicht nur den Wiener aufs Land zu bringen, sondern auch das Land nach Wien zu führen.

Drei Kreditaktionen der Gemeinde Wien

Zur Förderung des Fremdenverkehrsgewerbes hat die Stadt Wien gegenwärtig drei Kreditaktionen laufen. Die erste Aktion, die für Gast- und Schankbetriebe, Kaffeehäuser und Beherbergungsbetriebe 1960 ins Leben gerufen wurde, verfügt über einen Kreditrahmen von 30 Millionen Schilling. Es werden unverzinsliche Einzeldarlehen zwischen 10.000 und 100.000 Schilling gegeben. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre. Mit 451 Darlehen und einer Gesamtkreditsumme von 29,9 Millionen Schilling ist diese Aktion so gut wie ausgeschöpft.

Die zweite Aktion, vom Gemeinderat im Jahre 1961 ins Leben gerufen, dient den Beherbergungsbetrieben. Der Kreditrahmen beträgt ebenfalls 30 Millionen Schilling. Die Einzeldarlehen, die durch Zinsenzuschüsse nur zu drei Prozent verzinst werden, betragen zwischen 100.000 und zwei Millionen Schilling. Die Laufzeit ist wieder zehn Jahre. Bisher wurden 24 Kredite mit einer Gesamtsumme von 14,5 Millionen Schilling vergeben.

Die größte Aktion mit einem Kreditrahmen von 250 Millionen Schilling, wovon jährlich 25 Millionen aus dem Erträgnis der Getränkesteuer stammen, beschloß der Gemeinderat im Jahre 1962. Die Darlehenshöhe dieser unverzinslichen Kredite schwankt zwischen 10.000 und 100.000 Schilling. Bisher wurden 853 Kredite mit einem Gesamtbetrag von 63 Millionen Schilling in Anspruch genommen.

Der Stadtrat appellierte in diesem Zusammenhang an die Gasthäuser, in der Frage der Sonntagssperre während der Hochsaison möglichst bald Besprechungen aufzunehmen, um diese Frage miteinander abzustimmen.

Wegweiser zu Wiener Sehenswürdigkeiten

Generalsekretär Minarz machte in seinem Bericht darauf aufmerksam, daß ein - wenn auch geringer - Rückgang der Aufenthaltsdauer in Wien zu verzeichnen ist. Die Durchschnittszahl der Nächti-

gungen pro Gast ist von 3,29 auf 3,14 gesunken. Am stärksten ist dieser Rückgang bei den Gästen aus den USA, und zwar von 3,20 Nächtigungen im Durchschnitt auf 2,99.

Erfreulicherweise sind die Inklusiv-Preise in Wien im Vormarsch begriffen. Während 1958 nur 15 Betriebe Inklusiv-Preise hatten, sind es 1965 bereits 136 von insgesamt 213 Betrieben. 36 davon haben in ihren Preisen auch bereits das Frühstück inkludiert.

Zur besseren Orientierung wurden in Wien bereits 140 Wegweiser aufgestellt. Sie sollen durch Wegweiser ergänzt werden, die zu Sehenswürdigkeiten in Wien selbst führen, wie Prater, Grinzing und Schönbrunn.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 25. Jänner

=====

25. Jänner (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland: 66 Ochsen, 338 Stiere, 421 Kühe, 179 Kalbinnen, Summe 1.004. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles bis auf zwei Stiere.

Preise: Ochsen: 13.80 bis 16.20 S, extrem 16.50 bis 17.20 S, Stiere 14 bis 17 S, extrem 17.20 bis 17.50 S, Kühe 10.50 bis 13.50 S, extrem 13.70 bis 15.50 S, Kalbinnen 13.50 bis 16.50 S, extrem 16.60 bis 16.80 S, Beinlvieh Kühe 8 bis 10.40 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13.80 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 27 Groschen, bei Stieren um 13 Groschen, bei Kalbinnen um 8 Groschen und erhöhte sich bei Kühen um 7 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 14.64 S, Stiere 14.59 S, Kühe 11.81 S, Kalbinnen 15.06 S. Beinlvieh notierte unverändert.

- - -